

Doppelter Druck auf die Regierenden

VON GREGOR MAYNTZ

Die Regierungschefs von Bund und Ländern standen bei ihrer vorgezogenen Konferenz am Dienstag unter einem doppelten Druck. Auf der einen Seite sind weite Teile der Bevölkerung den Lockdown nach elf Wochen leid. Ihre Erwartungen steigen durch eine positive Entwicklung bei den Infektionszahlen, der Belegung der Intensivstationen und den Todesfällen. Auf der anderen Seite war in Irland zu sehen, wie verheerend das mutierte Virus wüten kann. Wenn B.1.1.7 mehr als nur vereinzelt in Deutschland auftritt, werden wir binnen einer Woche nicht von 10.000 minus x Infektionen sprechen, sondern von 60.000 plus y – und zwar täglich.

Es wäre besser gewesen, die Regierungschefs hätten zu ihren Beschlüssen nicht nur in einem internen Ringen gefunden, sondern im Vorfeld das breite Spektrum der Meinungen in den Parlamenten genutzt, um Lage und Konsequenzen zu beraten. Die Beschlüsse folgen den Erkenntnissen und Möglichkeiten. Solange es kaum medizinische Masken gab, bedeutete ein Stofftuch vor Mund und Nase besseren Schutz als gar keine Bedeckung. Doch nun ist es möglich, sich in Bussen, Bahnen und Geschäften mit OP- und FFP2-Masken besser zu schützen. Auch die besonderen Vorkehrungen in Alten- und Pflegeheimen sind richtig, hätten schon früher angegangen werden müssen.

Indem Länder und Bund nun auch beim Homeoffice ein Muss, wo immer möglich, auf den Weg bringen, tragen sie dazu bei, Widersprüche im Lockdown-Alltag zu verringern. Wenn Friseure und Gastronomen mit perfekten Hygienevorkehrungen geschlossen bleiben müssen, hat es wenig Sinn, wenn die Menschen im Job und auf dem Weg dorthin dicht an dicht stehen. Vor allem bleibt: Wenn die Politik die Bürger zu noch mehr Verzicht zwingt, muss sie sich zugleich selbst in die Pflicht nehmen, den Ausweg des Impfens noch breiter und schneller zu machen.

Die Scheinriesen der Pandemie-Politik

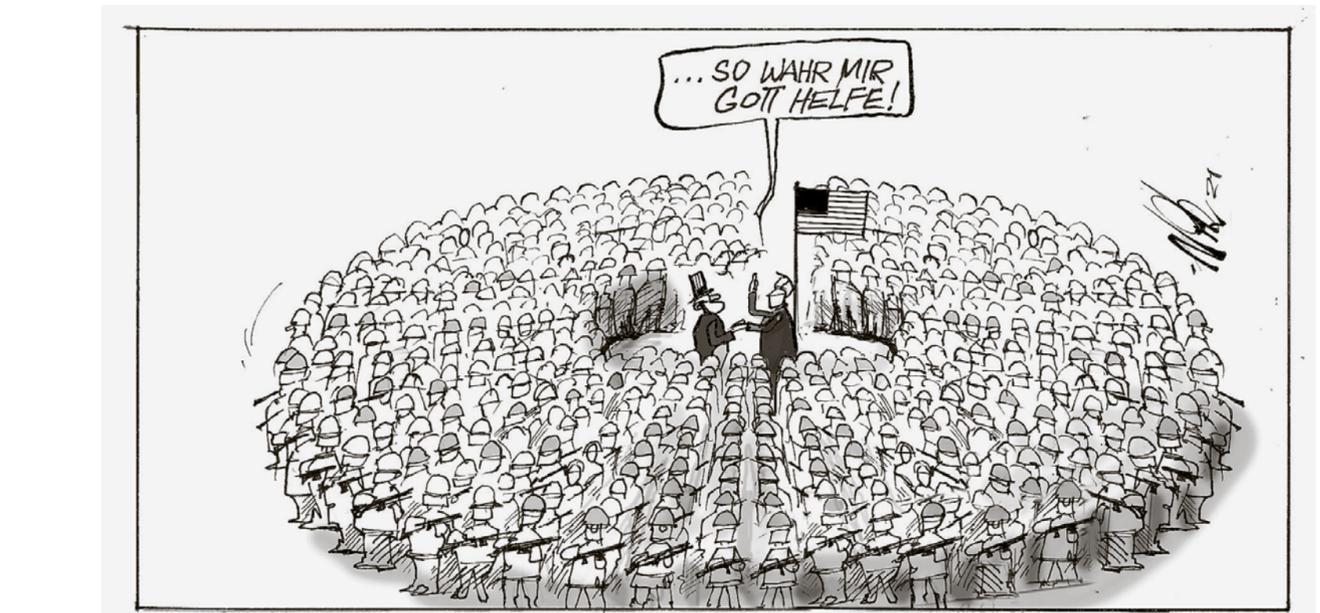
VON ANTJE HÖNING

Im Kampf gegen die Pandemie geht es der Politik vor allem um den Schutz der vulnerablen Gruppen – um alte Menschen, bei denen Covid-19 verheerend verlaufen kann. Auf andere Art verletzlich sind aber auch Millionen Schulkinder, die seit März keinen normalen Unterricht mehr haben. Doch bei den Vorbereitungen der Kanzlerin mit den Ministerpräsidenten für die Runde am Dienstag spielen diese kaum eine Rolle, was nicht nur mit dem Bildungsföderalismus zu tun hat. Acht Experten haben die Politiker beraten – ein Kinderarzt oder Schulpädagoge war nicht dabei, der die Folgen der als Distanzunterricht getarnten Schließungen erläutern und für alternative Konzepte (Massentests, Wechselunterricht) hätte werben können.

In der Pandemie-Politik tummeln sich viele Scheinriesen, die wie Herr Turtur in Michael Endes Kinderbuch Größeres vorgeben, als sie sind. Das fängt beim Bundeswirtschaftsminister an, der milliardenschwere November-Hilfen verspricht, die bis heute nicht bei allen Betrieben angekommen sind. Und das geht bis zu Digitalstaatsministerin Dorothee Bär, die fordert, dass Schüler keine Klassenstufe wiederholen müssen. Gewiss kann man über den Sinn des Sitzenbleibens streiten. Doch Kinder, die den Stoff von Monaten verloren haben, einfach zu versetzen, löst kein Problem.

Die Ankündigung des Freibriefs dürfte zudem den Eifer fauler Schüler im Keim ersticken. Von einer Digitalministerin erwartet man mehr – schließlich ist die Frage, was Kinder verlieren, auch davon abhängig, wie weit Schulen bei der Digitalisierung sind. Die Lockdowns haben Abschlussklassen um ein wichtiges Jahr ihres Lebens gebracht und Kinder aus bildungsfernen Schichten dramatisch zurückgeworfen. Der Schutz der Alten hat trotzdem nicht gut funktioniert. Viel Schaden angerichtet, wenig erreicht – das ist es, was die Bevölkerung und Wirtschaft so frustriert.

Impressum NGZ



IM KLEINEN KREISE

RP-KARIKATUR: NIK EBERT

ANALYSE Corona wirft den Kampf um Gleichberechtigung um Jahre zurück, sagt Soziologin Jutta Allmendinger. Im Lockdown übernehmen vor allem Frauen in Teilzeit die enorme Mehrfachbelastung aus Kinderbetreuung und Job.

Homeoffice hat ein Geschlecht

VON DOROTHEE KRINGS

Eines der Felder, auf dem die Regierung versucht, die Pandemie in den Griff zu bekommen, ist das Arbeiten daheim. Diskutiert wird das auch jetzt wieder mit Blick auf Ansteckungspotenziale im Büro und Nahverkehr – das Arbeiten im Homeoffice soll ausgeweitet werden. Dabei wirken gerade solche Corona-Maßnahmen auch darauf, wie Männer und Frauen in Deutschland zusammenleben und in welchen Rollen sie sich nach der Pandemie wiederfinden. Schon zu Beginn der Krise hat die Soziologin Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, prophezeit, dass Corona den Kampf um mehr Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern um 30 Jahre zurückwerfen wird. Das hat auch mit dem Homeoffice zu tun.

Denn die Zahl weiblicher Beschäftigter in Teilzeit steigt. 1991 hatten 30,2 Prozent der erwerbstätigen Frauen reduzierte Stellen, heute sind es 46 Prozent. Die Teilzeitquote der Männer liegt dagegen nur bei 11,1 Prozent. Wenn dann im Lockdown daheim auch noch Kinder zu betreuen sind, arbeiten die Männer mit ihren vollen Stellen oft ungestört im Keller, während die Frauen ihren Arbeitsplatz in der Küche aufschlagen – um Homeschooling und Haushalt nebenher noch mitzuerledigen.

„Homeoffice hat ein Geschlecht“, sagt Allmendinger. Der Staat habe während der Pandemie die Kitas und Schulen ja nur deswegen kurzfristig schließen können, weil so viele Frauen in Teilzeit die enorme Mehrfachbelastung aus Kinderbetreuung, Familienmanagement und Job übernehmen. „Frauen sind das Opfer der Corona-Maßnahmen“, sagt Allmendinger. „Denn natürlich kümmern sich Mütter um ihre Kinder, stellen eher ihre Arbeit zur Disposition, als dass sie das Wohl ihrer Familie riskieren. Das wird in der Pandemie ausgenutzt

und nicht hinterfragt.“

Frauen stecken zurück bei ihren beruflichen Ambitionen und der Arbeitszeit: Mitte des 20. Jahrhunderts, als im Vergleich zu heute deutlich weniger Frauen erwerbstätig waren, lag ihre wöchentliche Arbeitszeit nur etwa zwei Stunden unter der von Männern. Heute arbeiten viel mehr Frauen, allerdings oft in Teilzeit; der Unterschied beträgt deshalb im Schnitt 8,2 Stunden, also fast einen ganzen Arbeitstag.

Frauen kehren nach Auszeiten, wie sie auch Corona nötig macht, schwerer wieder in den Arbeitsmarkt zurück. Allmendinger beobachtet im universitären Umfeld, dass aktuell deutlich weniger wissenschaftliche Aufsätze von Frauen erscheinen, weniger Begutachtungen von Frauen ausgeführt werden. Sie ziehen sich zurück, weil sie zu Hause so gefordert sind. Dazu schultern sie das, was vor einiger Zeit die Bezeichnung

„mental load“ gefunden hat, also die emotionale Last, die Abläufe im Alltag zu planen und die Familie mental im Gleichgewicht zu halten. Gegen all das leisten die Frauen gerade kaum Widerstand, weil ihnen dafür schlicht die Kraft fehlt. „Krisen sind keine gute Zeit, um eine neue Rollenverteilung zu diskutieren“, sagt Allmendinger.

Allerdings hätte der Staat in ihren Augen durchaus Gelegenheit gehabt, Ausgleich für belastete Frauen zu schaffen. Etwa indem Studierende, die durch Corona reihenweise ihre Nebenjobs verlieren, dafür bezahlt würden, Kindern bei den Hausaufgaben zu helfen. „Es gab aber nicht mal ernsthafte Diskussionen über solche Möglichkeiten“, sagt Allmendinger. Während der Staat Milliarden ausgibt, um Unternehmen und damit Erwerbstätigkeit zu retten, werde die enorme Mehrbelastung von Frauen kaum diskutiert.

Allmendinger hat gerade ein Buch geschrieben, das mit vielen Zahlen belegt, dass die Emanzipation der Frauen aktuell Rückschläge erlebt. Und dass

Männer arbeiten oft ungestört im Keller, Frauen schlagen ihren Arbeitsplatz in der Küche oder im Wohnzimmer auf

INFO

Jutta Allmendinger hat neues Buch veröffentlicht

Gemeinsam Die Berliner Soziologin Jutta Allmendinger hat ein neues Buch geschrieben, das sich mit dem Kampf um mehr Geschlechtergerechtigkeit beschäftigt. Sie greift darin auch auf Entwicklungen in ihrer eigenen Biografie zurück. Jutta Allmendinger: Es geht nur gemeinsam!, Ullstein, 144 Seiten, zwölf Euro.

Misstände Der Soziologin fehlt es an einem echten Zielpunkt in der Sozialpolitik. Etwa wenn es um den Unterschied des durchschnittlichen Bruttoeinkommens von Frauen geht, das immer noch knapp 20 Prozent unter dem der Männer liegt. Oder um die Kluft bei der Verteilung von Erziehungs-, Pflege- und Arbeitszeit.

Vision Allmendinger schwebt unter anderem eine 32-Stunden-Woche für alle vor. „Männer reduzieren ihre Stundenzahl, Frauen stocken ein wenig auf. Unter dem Strich geht den Unternehmen kein Arbeitsvolumen verloren, aber Partner können ihr Familienleben wirklich partnerschaftlich gestalten“, sagt die Soziologin.

Person Jutta Allmendinger wurde 1956 in Mannheim geboren. Seit April 2007 leitet sie das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).



Jutta Allmendinger prägte den Begriff der Bildungsarmut. FOTO: DPA

es um den Fortschritt der Geschlechtergerechtigkeit auch schon vor der Pandemie nicht gut bestellt war. Corona ist daher wie ein Brennglas, das diese Missstände hervorholt, schlechte Entwicklungen beschleunigt, Ungleichheit verstärkt – etwa die Einkommensunterschiede von Männern und Frauen oder die Kluft bei der Verteilung von Erziehungs-, Pflege- und Arbeitszeit.

„In allen Statistiken sind Männer der Standard, als sei der erwerbstätige Mann in Vollzeit die einzig denkbare Richtgröße“, sagt Allmendinger. Doch könne es kaum darum gehen, dass sich Frauen möglichst diesem männlichen Standard anpassen, sondern vielmehr darum, dass beide Geschlechter sich aufeinander zubewegen. „Es geht nur gemeinsam“, sagt Allmendinger und hat auch ihr Buch so betitelt.

Dieses Ziel verfolgen viele Paare zu Beginn ihrer Beziehung tatsächlich. Das zeigen Befragungen. Erst Langzeitstudien zeigen, dass sich der Alltag von Männern und Frauen auseinanderbewegt, sobald Paare Kinder bekommen. Allmendinger glaubt, dass das an falschen staatlichen Anreizen liegt wie Ehegattensplitting und kostenloser Mitversicherung, an Gehaltsunterschieden und Pendelkosten. Aber auch an den Einstellungen. „Paare sollten sich vor Lebensentscheidungen fragen, was ihre Entschlüsse für ihr Leben in fünf oder zehn Jahren bedeuten“, sagt Allmendinger.

Sie selbst habe vor so einer Entscheidung gestanden, als sie spät ihr Kind bekam und mit dem Gedanken spielte, eine berufliche Auszeit zu nehmen. „Damals habe ich mir überlegt, wie ich mit 50 leben will, und habe mir gesagt: Ich will Professorin sein und nicht in ein Loch fallen, wenn mein Kind aus dem Haus geht.“ Sie entschied sich dann gegen die Auszeit.

Das Leben von hinten nach vorn zu denken, sei manchmal hilfreich. „Wir müssen daran arbeiten, dass Männer und Frauen Lebensoptionen haben und nicht in der hochsensiblen Phase der Familienbildung auf unterschiedliche Pfade geführt werden, auf denen es kein Zurückkommen gibt.“

WISSENSDRANG

Twitter hat den Account von Donald Trump gesperrt, nachdem der abgewählte amerikanische Präsident für den Tag der offiziellen Feststellung der Wahlergebnisse zu einem Protestmarsch auf das Kapitol aufgerufen und die folgende, teils tödliche Gewalt mit den Worten gerechtfertigt hatte: „So kommt es, wenn man große Patrioten, die schon lange übel und unfair behandelt wurden, bösartig um einen heiligen Erdrutsch-Wahlsieg betrügt.“

Inwiefern ist die Sperrung, die mit dem „Risiko weiterer Anstiftung zur Gewalt“ begründet wird, eine „problematische“ Einschränkung der Meinungsfreiheit, wie Angela Merkel kommentierte? Befinden wir uns

Trumps Megafon ist verstummt

Twitter sperrte den Noch-Präsidenten – doch das ist nicht der wahre Skandal.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

schon in Orwells „1984“, wie Donald Trump junior trottete? Nein. Wenn ein autoritärer Staat wie China einer Bürgerin den Mund verbietet, wird sie effektiv zum Schweigen gebracht. Wenn globale Medienkonzerne wie Twitter einen prominenten Kunden sperren, weil die Ausnahmeregeln für Politiker nach seiner Abwahl nicht mehr gelten, kann er sich anderswo äußern. Sperrungen sollten sich allerdings auf Aufrufe zur Gewalt beschränken und nicht mit zweierlei Maß messen. Ali Chamenei, der oberste Geistliche des Iran, kann auf Twitter Israel als „böses Krebsgeschwür“ bezeichnen, das „ausradiert“ werden sollte. Der wahre Skandal liegt in dem enormen Einfluss der profitorientierten

sozialen Medien auf die Politik, ohne demokratische Legitimation und Haftung. Trumps Macht entsprang zu einem großen Teil seinen Twitter-Botschaften (mit 88 Millionen Followern), mit denen er den Profit dieses Unternehmens erheblich steigerte. Jetzt hat man ihm das Megafon und damit auch die Möglichkeit zur effektiven politischen Einflussnahme entzogen. Dass einige nicht gewählte Manager aus der Privatwirtschaft einen solchen willkürlichen Einfluss ausüben, gefährdet die Demokratie.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Infektionsbiologin Gabriele Pradel ab.